

Lfd. Nr.	Bezeichnung	HSK 2012 - 2022 Stand: Einbringung 13.9.2012	Beantragende Fraktion	HSK 2012 – 2022 Änderungsanträge HFA 24.9.2012/SR 26.9.2012	Abstimmung HFA (Ja / Nein / E.) OB: Befürwortung Aufnahme Konzept	Finanzielle Auswirkung im Kon- solidierungszeitraum	Abstimmung Stadtrat (Ja / Nein / E.)
001	Rückkreisung	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Wartburgkreis mitzuteilen, dass die Stadt Eisenach eine Rückkreisung in diesen anstrebt und die hierzu erforderlichen Schritte unverzüglich in die Wege zu leiten und davon das Land zu informieren.	CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Land den Wunsch zur Aufgabe der Kreisfreiheit mitzuteilen. Bis dahin ist die Zusammenarbeit mit dem Landkreis zu intensivieren.	4/0/3 Ja: Aufnahme erfolgt		
			FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Stadtrat die Modalitäten/Eckpunkte einer Rückkreisung der Stadt Eisenach mit dem WAK zu beraten und dem Stadtrat das Ergebnis zur Beratung vorzulegen. (Termin: Juni 2013)			
002	Personaloptimierungskonzept und Personalwirtschaftliche Maßnahmen	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das Personaloptimierungskonzept umzusetzen.	CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das Personaloptimierungskonzept umzusetzen und unter Anrechnung des bereits vorgeschlagenen Stellenabbaues bis 2016 sowie bis 2020 jeweils 10 Vollzeitstellen abzubauen.	4/0/3 Ja: Aufnahme erfolgt	+ 1.092.000 EUR	
			FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das POK zu überarbeiten bzw. neu zu erstellen und mit dem Ältestenrat zu beraten (Termin: Dezember 2012)			
007	Kündigung von Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die identifizierten Einsparmöglichkeiten im Bereich der Mitgliedschaften durch entsprechende Kündigungen zu realisieren.	CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die identifizierten Einsparmöglichkeiten im Bereich der Mitgliedschaften durch entsprechende Kündigungen zu realisieren. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag unverzüglich zu kündigen.	4/3/0 nein	+ 100.000 EUR	
			FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat nach Vorlage einer Liste aller Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden einen Beschlussvorschlag hinsichtlich der weiteren möglichen Kündigungen vorzulegen.			
			NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat fristgemäß den Beschlussvorschlag zur Kündigung der Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag vorzulegen.	Mit Beschluss Änderungsantrag CDU/SPD/BfE erledigt		
008 - 011	Reduzierung Zuschussbedarf und Einführung Budgetierung für Museen, Volkshochschule, Bibliothek, Musikschule		FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für den Bereich Museen, Volkshochschule, Bibliothek und Musikschule ein auf die einzelne Einrichtung bezogenes HSK zu erstellen in Vorbereitung der Budgetierung.			

Lfd. Nr.	Bezeichnung	HSK 2012 - 2022 Stand: Einbringung 13.9.2012	Beantragende Fraktion	HSK 2012 – 2022 Änderungsanträge HFA 24.9.2012/SR 26.9.2012	Abstimmung HFA (Ja / Nein / E.) OB: Befürwortung Aufnahme Konzept	Finanzielle Auswirkung im Kon- solidierungszeitraum	Abstimmung Stadtrat (Ja / Nein / E.)
010	Reduzierung Zuschussbedarf Bibliothek - Einführung Budgetierung	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt für den Bereich der Bibliothek eine Budgetierung zu etablieren und darüber den Zuschussbedarf für das Haushaltsjahr 2013 auf 450.000 € und ab dem Haushaltsjahr 2014 auf 430.000 € zu begrenzen.	Frau Gisela Büchner (CDU-Stadtratsfraktion)	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für den Bereich der Bibliothek eine Budgetierung einzuführen. Über die Höhe des Zuschussbedarfs ist jährlich neu zu verhandeln. Dabei sind die Arbeitsfähigkeit des Dienstleisters Bibliothek und die Aktualität und Qualität des Medienangebots der Stadtbibliothek entsprechend der Standards für öffentliche Bibliotheken zu sichern.		- 416.790 EUR (maximal, wenn geplante Budgetziele nicht erreicht werden)	
012	Erhöhung Kostendeckungsgrad Kita's		NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Dieser Punkt wird ersatzlos gestrichen.	0/7/0	- 292.000 EUR	
013	Schulnetzkonzeption – Kostenreduzierung durch Standortaufgabe Grundschule Petersberg	<u>Beschlußvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Ergebnisse der Schulnetzkonzeption schnellstmöglich umzusetzen.	CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Ergebnisse der Schulnetzkonzeption unter Berücksichtigung des Ergebnisses des anstehenden Bürgerentscheides umzusetzen.	Konsens, keine formale Abstimmung Ja: Aufnahme erfolgt		
			FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine neue Schulnetzkonzeption zu erarbeiten, die dem Ausgang des Bürgerbegehrens „Petersberg“ Rechnung trägt. (Termin April 2013)			
			NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, nach dem erfolgten Bürgerentscheid dem Stadtrat ein neues Schulnetzkonzept vorzulegen.	0/7/0		
014	Zuschuss Schülerspeisung		NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Dieser Punkt wird ersatzlos gestrichen.	0/7/0	- 1.438.240 EUR	
015	Reduzierung des Zuschusses zur Schülerbeförderung	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Umsetzung der Variante 1) vorzubereiten und dem Stadtrat bis Ende 2012 zum Beschluss vorzulegen.	CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Streichung der laufenden Nummer 15	4/1/2 Ja: Aufnahme erfolgt	- 6.710 EUR	
			NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Dieser Punkt wird ersatzlos gestrichen.	Mit Beschluss Änderungsantrag CDU/SPD/BfE erledigt		
016	Aufbau Sozialbetrieb	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine entsprechende Initiative zu ergreifen und dem Stadtrat im 1. Halbjahr 2013 über das Ergebnis zu berichten.	CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine entsprechende Initiative zu ergreifen und dem Stadtrat im 1. Halbjahr 2013 über das Ergebnis zu berichten. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Möglichkeit der Übertragung auf die ABS GmbH zu prüfen. Termin: 30.6.2013	7/0/0 Ja: Aufnahme erfolgt	(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
021	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer A		FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Dieser Punkt wird ersatzlos gestrichen.		- 60.000 EUR	
022	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B		FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Dieser Punkt wird ersatzlos gestrichen.		- 8.371.800 EUR	

Lfd. Nr.	Bezeichnung	HSK 2012 - 2022 Stand: Einbringung 13.9.2012	Beantragende Fraktion	HSK 2012 – 2022 Änderungsanträge HFA 24.9.2012/SR 26.9.2012	Abstimmung HFA (Ja / Nein / E.) OB: Befürwortung Aufnahme Konzept	Finanzielle Auswirkung im Kon- solidierungszeitraum	Abstimmung Stadtrat (Ja / Nein / E.)
023	Erhöhung Gewerbesteuer		FDP	Beschlussvorschlag: Dieser Punkt wird ersatzlos gestrichen.		- 18.886.142 EUR	
024	Erhöhung Hundesteuer	Beschlussvorschlag: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine Beschlussvorlage zur Erhöhung der Hundesteuer auf 72 € pro Jahr und normalem Hund bzw. auf 324 € pro Jahr und gefährlichem Hund bis Ende 2012 zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen.	FDP	Beschlussvorschlag: Dieser Punkt wird ersatzlos gestrichen.		- 246.200 EUR	
			NPD	Beschlussvorschlag: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine Beschlussvorlage zur Erhöhung der Hundesteuer auf 72 € pro Jahr und normalem Hund bzw. auf 324 € pro Jahr und gefährlichem Hund bis Ende 2012 zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen. Mit der Erhöhung korrespondiert die Prüfung und längerfristige Schaffung und Ausweisung einer leinenfreien Zone für Hunde.	0/7/0		
026	Einnahmen aus der Überwachung des fließenden Verkehrs	Beschlussvorschlag: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den oben genannten Beschaffungsprozess zu initiieren und noch in 2012 abzuschließen.	CDU/SPD/BfE	Beschlussvorschlag: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den oben genannten Beschaffungsprozess zu initiieren und noch in 2012 abzuschließen. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob dass notwendige Personal aus dem vorhandenen Personalbestand gewonnen werden kann.	7/0/0 Ja: Aufnahme erfolgt	(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
028	Strategie zur Wirtschaftsförderung	Beschlussvorschlag: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das bestehende Wirtschaftsförderungskonzept fortlaufend zu aktualisieren und auf neue Anforderungen hin zu optimieren.	CDU/SPD/BfE	Beschlussvorschlag: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ein Wirtschaftsförderungskonzept zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum 31.12.2013 vorzulegen.	7/0/0 Ja: Aufnahme erfolgt	(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
			FDP	Beschlussvorschlag: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für die Stadt Eisenach in Zusammenarbeit mit dem Wartburgkreis ein Wirtschaftsförderungskonzept zu erarbeiten. (Termin: Februar 2013)		(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
029	Bewirtschaftung Stadtwald	Beschlussvorschlag: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die beschriebenen Maßnahmen in 2013 umzusetzen.	CDU/SPD/BfE	Beschlussvorschlag: Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, keinen Verkauf von Waldflächen vorzunehmen und Splitterflächen vorrangig zu tauschen. Die Schaffung einer Forstbetriebsgemeinschaft soll bis zum 30.06. 2013 erfolgen.	Konsens, keine formale Abstimmung Ja: Aufnahme erfolgt	(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	

Lfd. Nr.	Bezeichnung	HSK 2012 - 2022 Stand: Einbringung 13.9.2012	Beantragende Fraktion	HSK 2012 – 2022 Änderungsanträge HFA 24.9.2012/SR 26.9.2012	Abstimmung HFA (Ja / Nein / E.) OB: Befürwortung Aufnahme Konzept	Finanzielle Auswirkung im Kon- solidierungszeitraum	Abstimmung Stadtrat (Ja / Nein / E.)
031	Bauhofstandorte und Betriebsorganisation	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin erhält den Auftrag, die offenen Fragen einer Standortzusammenlegung abschließend zu klären und dem Stadtrat zugleich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, die aufzeigt, wie sich eine Zusammenlegung betriebswirtschaftlich auswirken wird. Danach erfolgt eine endgültige Entscheidung durch den Stadtrat. Unverzüglich nach Klärung der Standortfrage ist für den Bauhof eine Organisationsuntersuchung, mit dem Ziel Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen, durchzuführen.	CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin erhält den Auftrag, die offenen Fragen einer Standortzusammenlegung abschließend bis zum 31.03.2013 zu klären und dem Stadtrat zugleich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, die aufzeigt, wie sich eine Zusammenlegung betriebswirtschaftlich auswirken wird. Danach erfolgt eine endgültige Entscheidung durch den Stadtrat. Unverzüglich nach Klärung der Standortfrage ist für den Bauhof eine Organisationsuntersuchung, mit dem Ziel Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen, durchzuführen.	Konsens, keine formale Abstimmung Ja: Aufnahme erfolgt	(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
039	Vergabe von Leistungen bei der Grünflächenpflege	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, beim weiteren altersbedingten Ausscheiden von Mitarbeitern im oRB die Frage zu prüfen, ob und ggf. in welchem Maße die private Vergabe dieser Arbeiten betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Dabei sind unterschiedliche Vorgaben hinsichtlich der Pflegeintensität einzelner Grünflächen zu beachten.	CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, beim weiteren altersbedingten Ausscheiden von Mitarbeitern im oRB die Frage zu prüfen, ob und ggf. in welchem Maße die private Vergabe dieser Arbeiten betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Dabei sind unterschiedliche Vorgaben hinsichtlich der Pflegeintensität einzelner Grünflächen zu beachten. Über die Umsetzung hat die Oberbürgermeisterin halbjährlich im Stadtrat zu berichten.		(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
042	Schließung und Verwertung Bürgerhaus	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Vertrag mit dem derzeitigen Betreiber nicht zu verlängern. Da das Gebäude nicht mehr für die kommunale Aufgabenerfüllung benötigt wird, ist es unverzüglich zu veräußern.	NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Dieser Punkt wird ersatzlos gestrichen.	0/7/0	- 890.000 EUR	
043	Beteiligung von Vereinen an Betriebskosten der Sportstätten	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ab dem Jahr 2014 die Vereine an den Betriebskosten der Sportstätten zu beteiligen. Bei den Freianlagen kann dies durch die Erbringung von Eigenleistungen, z.B. bei der Rasenpflege und Mitwirkung bei der Gebäudeunterhaltung,	CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zu prüfen, ob und wie mit den Vereinen vereinbart werden kann, dass alle Vereine zur Kosteneinsparung durch die Übernahme der Freianlagenpflege und durch die Übernahme von Reinigungsleistungen beitragen können und somit die Kosten der Stadt reduziert werden können. Termin 30.6.2012	3/0/4 Ja: Aufnahme erfolgt	(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	

Lfd. Nr.	Bezeichnung	HSK 2012 - 2022 Stand: Einbringung 13.9.2012	Beantragende Fraktion	HSK 2012 – 2022 Änderungsanträge HFA 24.9.2012/SR 26.9.2012	Abstimmung HFA (Ja / Nein / E.) OB: Befürwortung Aufnahme Konzept	Finanzielle Auswirkung im Kon- solidierungszeitraum	Abstimmung Stadtrat (Ja / Nein / E.)
		erfolgen. Bei den Sporthallen sind für den Erwachsenensport Entgelte, insbesondere für den Energieverbrauch (Duschen), zu erheben. Dabei ist auf den Einbau von aufwändiger Messtechnik zu verzichten. Dabei ist insgesamt ein Kostendeckungsgrad von 10 % bezogen auf die Betriebskosten (Kostengruppe 5) anzustreben.	NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ab dem Jahr 2014 die Vereine und Nutzer an den Betriebskosten der Sportstätten zu beteiligen. Dies geschieht über die Erbringung von Eigenleistungen, z.B. bei der Rasenpflege, Instandhaltungs- und Reinigungs- sowie Reparaturarbeiten und der Gebäudeunterhaltung.	Mit Beschluss Änderungsantrag CDU/SPD/BfE erledigt	(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
046	Energieeinsparungen	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Maßnahmen bis Ende 2012 umzusetzen.	B90Grüne	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Maßnahmen bis Ende 2012 umzusetzen. Nach Fertigstellung der Fortschreibung des Energieberichts Der Stadt (Stadtratsbeschluss 0996-AT/2012) sind die Einsparpotentiale mit geringem investiven oder schnell rentierlichem Aufwand umgehend umzusetzen.	7/0/0 Ja: Aufnahme erfolgt	(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
053	Eisenach – Wartburgregion Touristik GmbH (EWT)	<u>Beschlussvorschlag:</u> Kein weiterer Handlungsbedarf zum HSK, da die sukzessive Reduzierung der Nachschüsse von 350 T€ in 2011 auf 250 T€ in 2017 einen beachtlichen „Konsolidierungsbeitrag“ (- 30 %) darstellt.	FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ein Finanzierungskonzept auf der Grundlage einer Einnahme- und Überschussrechnung unter Berücksichtigung einer beschlossenen Tourismusförderabgabe vorzulegen. (Termin: Nach Vorlage Beschluss Tourismusförderabgabe)		(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
054	Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Wartburg-Werraland mbH (ABS)	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Vertreter der Stadt in der Gesellschaftsversammlung werden angewiesen, in diesem Sinne zu votieren.	FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem WAK die Modalitäten einer möglichen Liquidierung der ABS zu prüfen und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung (und somit auch die Beauftragung der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung) vorzulegen.		(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
058	Kulturstiftung Meiningen – Eisenach; Landestheater Eisenach	<u>Beschlussvorschlag:</u> a) Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Förderverein für das Theater ein professionelles Sponsoringkonzept zu erarbeiten. b) Die Vertreter der Stadt im Stiftungsrat der Stiftung werden angewiesen, auf eine Erhöhung der Eintrittspreise hinzuwirken.	FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, a) in Zusammenarbeit mit dem LTE weitere Sparmöglichkeiten zu prüfen, b) bleibt so c) vor Anweisung der Vertreter der Stadt im Stiftungsrat, auf eine Erhöhung der Eintrittspreise hinzuwirken, ist dies dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.		(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	

Lfd. Nr.	Bezeichnung	HSK 2012 - 2022 Stand: Einbringung 13.9.2012	Beantragende Fraktion	HSK 2012 – 2022 Änderungsanträge HFA 24.9.2012/SR 26.9.2012	Abstimmung HFA (Ja / Nein / E.) OB: Befürwortung Aufnahme Konzept	Finanzielle Auswirkung im Kon- solidierungszeitraum	Abstimmung Stadtrat (Ja / Nein / E.)
063	Zweckverband Trink- und Abwasserverband Eisenach – Erbstromtal (TAVEE)	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Vertreter der Stadt Eisenach in der Verbandsversammlung werden angewiesen, in der Verbandsversammlung auf eine zeitnahe Konsolidierung des Verbandes zu drängen, damit nach erfolgter Konsolidierung des Verbandes den Verbandsgemeinden eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals gemäß den kommunalrechtlichen Vorschriften zugestanden werden kann.	FDP	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat das Konsolidierungskonzept des TAVEE vorzulegen und nach Beratung die Mitglieder der Verbandsversammlung per Stadtratsbeschluss mit der konsequenten und zeitnahen Umsetzung dieses Konzeptes zu beauftragen. Dem Stadtrat ist quartalsweise ein Bericht der Realisierung vorzulegen.		(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
064 (neu)	Organisation der Eingliederungshilfe		CDU/SPD/BfE	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, mit den kreisfreien Städten entsprechend zu verhandeln, dass diese gemeinsam im Gemeinde- und Städtebund an die Landesregierung den Antrag stellen, die Aufgaben der Eingliederungshilfe im Rahmen eines landesweiten Zweckverbandes zu organisieren und somit eine gleichmäßige Verteilung der Lasten zu erreichen.	7/0/0 Ja: Aufnahme erfolgt	(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	
065 (neu)	Kürzung Verfügungsmittel OB		NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Verfügungsmittel der Oberbürgermeisterin werden jährlich um die Hälfte des aktuellen Haushaltsansatzes gekürzt.		+ 45.000 EUR	
066 (neu)	Kürzung Aufwandsentschädigungen hauptamtlicher kommunaler Wahlbeamter		NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Aufwandsentschädigungen für die hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten werden halbiert. Hier ist die notwendige Änderung der Hauptsatzung dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.		+ 19.500 EUR	
067 (neu)	Verringerung der Mittel für Ehrungen und Repräsentationen		NPD	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Mittel für Ehrungen und Repräsentation sind auf den Prüfstand zu stellen, mit dem Ziel einer Verringerung der Haushaltsansätze.		(Aktuell) nicht konkret bezifferbar	

Korrekturen

Lfd. Nr.	Bezeichnung	HSK 2012 - 2022 Stand: Einbringung 13.9.2012	Anmerkung	Finanzielle Auswirkung im Konsolidierungszeitraum
018	Beschaffung EDV und EDV-Wartung Schulen	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für die Schulen der Stadt einen EDV-Mitarbeiter zur Wartung und Instandsetzung der IT-Infrastruktur einzustellen.	- Maßnahme wurde bereits umgesetzt; Übermittlungsfehler → Streichung notwendig!	- 100.000 EUR
044	Bauhofstandorte und Betriebsorganisation	<u>Beschlussvorschlag:</u> Die Oberbürgermeisterin erhält den Auftrag, die offenen Fragen einer Standortzusammenlegung abschließend zu klären und dem Stadtrat zugleich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, die aufzeigt, wie sich eine Zusammenlegung betriebswirtschaftlich auswirken wird. Danach erfolgt eine endgültige Entscheidung durch den Stadtrat. Unverzüglich nach Klärung der Standortfrage ist für den Bauhof eine Organisationsuntersuchung, mit dem Ziel Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen, durchzuführen.	- Maßnahme wurde doppelt erfasst (lfd. Nr. 031) → Streichung notwendig!	- keine

Eingegangene Bürgervorschläge

Lfd. Nr.	Eingang	Vorschlag	Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses für den weiteren Umgang mit dem Vorschlag	Abstimmung Stadtrat (Ja / Nein / Enthaltung)
1	05.09.2012	Anhebung Kursgebühren der Volkshochschule (vergleichbar Städte lägen deutlich höher, Zielgruppe überwiegend in der Lage höhere Kursgebühren zu zahlen)	Ist in Verbindung mit der Umsetzung des Beschlußvorschlages zu Maßnahme Nr. 009 – Reduzierung Zuschußbedarf Volkshochschule zu prüfen.	
2	12.09.2012	Verzicht auf den dritten hauptamtlichen Dezernenten Posten (Die Begründung, dass wir als Stadt dieser Größe dies bräuchten, erscheint etwas dürftig. Es wäre eine nennenswerte Einsparsumme! Bei dem Potential an bürgerlichem Engagement in der Stadt sicher machbar!)	- Der Stadtrat hat sich in der Sitzung am 20.7.2012 im Rahmen eines Fraktionsantrags ausführlich mit den Vor- und Nachteilen dieser Maßnahme beschäftigt. Im Ergebnis wurde das Festhalten an der bestehenden Struktur mehrheitlich für erforderlich gehalten und der Antrag bei 6 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.	Keine neue Abstimmung erforderlich.
3	12.09.2012	Nächtliches Abschalten der meisten Ampelanlagen aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens	Lichtsignalanlagen werden aus Sicherheits- und Leistungsfähigkeitsgründen betrieben. Die Nachtabschaltzeiten wurden erst kürzlich mit der Verkehrsbehörde mit dem Ziel einer frühzeitigeren Abschaltung neu abgestimmt, soweit dies aus Leistungsfähigkeitsgründen möglich ist. Die verkehrsrechtliche Anordnung ist bereits erfolgt, Umsetzung muss durch die Vertragsfirmen erfolgen.	Da der Vorschlag bereits umgesetzt ist, ist keine Abstimmung erforderlich.
4	12.09.2012	Abschalten der Objektbeleuchtungen z.B. ab 1 Uhr nachts (Wartburg, Bachhaus, Georgenkirche, Stadtschloss,...). So viele Touristen sind dann nicht mehr unterwegs als das sich der finanzielle Aufwand lohnt.	Die Beleuchtung Stadtschloß, Rathaus und Kirche wird schon jetzt um 24:00 Uhr abgeschaltet. Für die weiteren aufgeführten Objekte ist die Stadt nicht verantwortlich.	Kein Beschluß erforderlich, da für die städtischen Objekt bereits umgesetzt.
5	12.09.2012	Abschalten von Straßenlaternen ab einer bestimmten Zeit (evtl. auch variabel: z.B. eine Stunde vor und nach Schichtwechsel in den großen Firmen leuchten alle, dann wird wieder reduziert, dort wo es ohne Einbuße der öffentlichen Sicherheit möglich ist	Ein Großteil der Straßenbeleuchtung ist bereits seit Jahren auf sog. "Halb-Nachtschaltung" umgestellt: ab 23:00 Uhr leuchtet nur jede 2. Straßenlampe. Dies ist jedoch nicht in allen Straßen möglich, hier soll sukzessive eine neuartige Dimmtechnik eingesetzt werden (temporäre Reduzierung der Leuchtstärke in den Nachtstunden = Reduzierung Stromverbrauch). Gute Erfahrungen wurden damit bereits in den Gewerbegebieten in Stregda und Stedtfeld gemacht.	Kein Beschluß erforderlich, da im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bereits umgesetzt.
6	24.09.2012	Überprüfung der Geschäftsführergehälter der unmittelbaren Beteiligungen mit mehr als 50 % iger städtischer Beteiligung	Der Haupt- und Finanzausschuß (HFA) empfiehlt eine Verweisung an den HFA. Beschluß: 7 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung	
7	24.09.2012	Erhöhung der Hundesteuer auf die von der Stadt Gera festgesetzten Steuersätze: 1. Normaler Hund 100 €, 2. Normaler Hund 150 €, 3. normaler Hund 200 €, gefährlicher Hund 500 €	Der Vorschlag kann im Zusammenhang mit der Vorlage der Änderungssatzung zur Erhöhung der Hundesteuer mit beraten werden. Die Änderungssatzung wird zur nächsten Sitzung des Stadtrates vorgelegt.	
8	24.09.2012	Reduzierung des Zinsaufwandes für langfristige Darlehen durch Verhandlung mit den Gläubigerbanken über einen 50 %igen Schuldenerlasses	Dieser Vorschlag wird in Verbindung mit der ohnehin beabsichtigten Optimierung des Kreditportfolios behandelt.	
9	24.09.2012	Erhöhung der Grundsteuer B auf 490 v. H. (Niveau der Stadt Gera) zur Kompensation der für das Stadtarchiv vorgesehenen Kürzungen		
10	24.09.2012	Vorlage einer Alternativberechnung zur Rückkreisung. Als Beispiel wird eine Eingemeindung von Krauthausen und des Gewerbegebietes Kindel angeführt.	Dieser Vorschlag ist gemeinsam mit der Maßnahme Rückkreisung (lfd. Nr. 001 des Maßnahmekataloges) zu prüfen.	